

Kommentar zur Konjunktur: Österreich verharnt im Wachstumsloch. Nun ist die Zeit für Strukturreformen

WIFO-Direktor Gabriel Felbermayrs Statement zur Herbstprognose 2024 im Wortlaut

Das Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO) präsentierte am Freitag, den 4. Oktober 2024 um 10:00 Uhr seine Konjunkturprognose für 2024 und 2025 im Rahmen einer Pressekonferenz. Gabriel Felbermayrs Eröffnungsstatement wird hier im Wortlaut veröffentlicht.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, guten Morgen!

Die österreichische Volkswirtschaft steckt weiter fest in einer Rezession. **Im Jahr 2024 wird das reale Bruttoinlandsprodukt um vermutlich 0,6% schrumpfen**, nachdem es im letzten Jahr schon um 1% gefallen ist. Damit ist die aktuelle Rezession bereits die längste – wenn auch nicht die tiefste – seit dem zweiten Weltkrieg. Die Aussichten für das kommende Jahr sind weiterhin höchst unsicher und das Wachstum bleibt mit 1% schwach.

Die Industrie schrumpft heuer doppelt so stark, wie noch im Sommer angenommen, nämlich um 4%. Die Warenexporte liegen um 3,5% unter dem Vorjahresniveau – schwache Konjunktur in unseren Partnerländern und fallende Wettbewerbsfähigkeit schlagen hier zu Buche. Eine Erholung der Auslandskonjunktur sollte nächstes Jahr aber deutlich wachsende Ausfuhren ermöglichen und die Industrierezession beenden.

In der Zwischenzeit steigt allerdings die Arbeitslosigkeit, und zwar auch stärker als bisher angenommen. Das WIFO erwartet heuer eine Arbeitslosenquote von 7%, nächstes Jahr von 7,2%; ⁵/₁₀ Prozentpunkte mehr als bisher geschätzt. Seit Sommer 2023 sinkt die Beschäftigung im privatwirtschaftlichen Bereich – nur der Staat schafft aktuell neue Jobs. In vergangenen Rezessionen war der Anstieg aber deutlich stärker. Das ist ein Lichtblick – aber auch ein wichtiges Prognoserisiko, das schlagend werden könnte, wenn die Industriekonjunktur sich nicht rasch erholt.

Die Inflation geht zurück – schneller als bisher angenommen. Im Jahresdurchschnitt 2024 erwarten wir knapp über 3%, nächstes Jahr dann sehr nahe an 2%. Der Abstand zur Eurozone schließt sich. Das ist allerdings nicht gut genug: **Die Inflation müsste für einige Jahre deutlich unter dem Eurozonendurchschnitt liegen**, um den aufgelaufenen Preisnachteil im Inland aufzuholen.

Sinkende Inflation erlaubt fallende Zinsen. Aber die Kerninflation bleibt in der Eurozone merklich über dem Inflationsziel der europäischen Zentralbank. **Daher dürfte die EZB die Leitzinsen nur graduell zurücknehmen.** Bis Ende 2025 rechnen wir mit drei weiteren Zinssenkungen, so dass dann der Einlagensatz bei 2,75% zu liegen kommen sollte. Von diesem Zinssatz geht immer noch eine leicht dämpfende Wirkung aus. **Die Ausrüstungsinvestitionen sollten 2025 nach zwei Jahren starker Schrumpfung wenigstens stagnieren.** Für die Bauwirtschaft, die schon viel länger real schrumpft, sind wir für 2025 etwas optimistischer.

Die verfügbaren realen Einkommen der österreichischen Haushalte steigen heuer um satte 3,2%. Das haben wir in unserer Sommerprognose gut getroffen. Auch die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt haben wir richtig eingeschätzt. Die Ungleichheit, gemessen am Einkommensquintilsverhältnis, wächst, aber nur leicht, gleiches gilt für die Armutsgefährdungsquote. All dies hätte eigentlich schon heuer einen kleinen Konsumboom anschieben müssen. Hat es aber nicht. Im Sommer haben wir ein Wachstum der realen Konsumausgaben um 1% vorhergesehen, **nach den aktuellen Zahlen können wir für 2024 nur mehr 0,2% erwarten.** Das ist viel zu wenig, um das starke Minus bei der Investitionstätigkeit auch nur annähernd auszugleichen.

Spiegelbildlich zur Konsumzurückhaltung ist die **Sparquote aktuell sehr hoch.** In der letzten Schwächephase – 2013 bis 2016 – lag sie durchschnittlich bei 7,5%, wobei es damals allerdings kaum Zinsen gab. Aktuell liegen wir bei 11,5%. Warum ist das so? Die ökonomischen Modelle erklären dieses Verhalten nicht. Die Psychologie und die ökonomische Theorie helfen jedoch weiter.

Der Inflationsschock steckt vielen Konsument:innen immer noch in den Knochen. Die Preise sind gestiegen und bleiben hoch; dass die Einkommen nun – mit Verzögerung – ebenfalls zulegen, führt noch nicht zur Wahrnehmung gesteigerter Kaufkraft. Dazu kommen Zukunftssorgen, weil die Arbeitslosigkeit steigt und damit die Jobsicherheit weniger gut eingeschätzt wird.

Es könnte aber auch ein theoretisches Phänomen relevant sein, das die Forschung unter dem Begriff der **Ricardianischen Äquivalenz** kennt: Wenn die Menschen die aktuelle Lage als nicht nachhaltig einschätzen, und in der nahen Zukunft deshalb höhere Steuern oder andere Einkommenseinbußen erwarten, dann geben sie die realen aktuellen Einkommenszuwächse nicht für Konsum oder Investitionen aus.

Die fehlende Nachhaltigkeit lässt sich am hohen Budgetdefizit und an der stark steigenden Lohnquote festmachen. Die in Österreich insgesamt erwirtschafteten realen Einkommen sinken. Der Realwert des BIP pro Kopf liegt mittlerweile um fast 4% unter dem Niveau von 2019. Wenn trotzdem in den Haushalten die verfügbaren Realeinkommen pro Kopf um fast 2% höher liegen als 2019, dann kann das nur durch massive Umverteilung zugunsten der Lohnquote oder durch hohe Budgetdefizite erklärt werden. Und genau das sehen wir auch. **Heuer rechnen wir mit einem Budgetdefizit von 3,7%, kommendes Jahr mit 4,0%.** Und die Lohnquote ist so hoch wie in den letzten 30 Jahren nicht, weil die Löhne sehr schnell und stark gestiegen sind. Dies belastet die Wettbewerbsfähigkeit. Wenn viele Menschen erwarten, dass die gegenwärtig gute Entwicklung bei den realen Haushaltseinkommen aufgrund der genannten Probleme nicht dauerhaft ist, halten sie sich dann logischerweise bei den aktuellen Ausgaben zurück.

Wie kommen wir aus der Wachstumsschwäche heraus? Wenn die starke Konsum- und Investitionszurückhaltung ihren Grund in fehlender Zuversicht hat, dann sind Maßnahmen notwendig, die eben diese Zuversicht stärken. Hier braucht es einerseits konjunkturpolitische Maßnahmen, andererseits aber vor allem eine mutige und glaubwürdige Reformagenda, die das Vertrauen in den Standort wiederherstellt.

Zunächst zur **Konjunkturpolitik.** Das Wichtigste: Trotz der zu hohen Budgetdefizite, sollte die Budgetkonsolidierung unter der Vorgabe geschehen, dass sie das Wachstum nicht noch weiter behindert. Jetzt ist nicht die Zeit für ein massives Sparpaket. Aber alle diskretionären Ausgaben sollten überprüft werden. So sollte der **Klimabonus** gestrichen werden – er schafft offensichtlich keine zusätzliche Zustimmung zur CO₂-Bepreisung und führt über die österreichische

Indexierungsautomatik zu Doppelkompensation der Bürger:innen. Diese Maßnahme brächte 2 Mrd. €. Außerdem könnte man über Lenkungssteuern nachdenken, die einen doppelten Nutzen haben. Etwa eine Zuckersteuer nach britischem Vorbild. Am vereinbarten Pfad der **CO₂-Bepreisung** sollte festgehalten werden, allein schon, weil die Emissionen zwar sinken, aber gemäß unserer Prognose nicht schnell genug. Auch über eine graduelle Inflationsanpassung der Mineralölsteuer sollte man nachdenken. Die genannten Steuern haben den großen Vorteil, dass sie sich selbst abschaffen, wenn das Lenkungsziel erreicht ist. In der Zwischenzeit schaffen sie aber Spielräume für Entlastungsmaßnahmen in anderen Bereichen und für erste Schritte Richtung Eindämmung des Budgetdefizits.

Die Mittel für die aktive Arbeitsmarktpolitik sollten aufgestockt werden, um Arbeitslosen gute Perspektiven zu bieten und die Angst vor Jobverlust zu reduzieren. Ein klassisches Konjunkturpaket mit Steuersenkungen und Transfers scheint hingegen nicht sinnvoll: Es mangelt den meisten Haushalten nicht an der Liquidität, sondern am Vertrauen.

Um die Investitionstätigkeit anzuregen, sollten **befristete beschleunigte Abschreibungsmöglichkeiten** eingeräumt werden. Diese belasten das Budget kaum. Investitionsprämien wären hingegen eine budgetäre Herausforderung und erforderten Gegenfinanzierung.

Zweitens, um die fundamentale Inkonsistenz der österreichischen Volkswirtschaft aufzulösen – schrumpfendes BIP, aber steigende reale Haushaltseinkommen – muss die ausgeprägte Wachstumsschwäche mit **Strukturenreformen** angegangen werden.

Aus Umfragen wissen wir, dass **Überregulierung und Bürokratie** die mittlerweile wichtigsten Hemmnisse für die österreichischen Unternehmen sind, und nicht etwa zu hohe Unternehmensbesteuerung. Die nächste Regierung muss Wege finden, in diesem Bereich Fortschritte zu erzielen, etwa durch "Sunset"-Klauseln, ein Ende des immer noch präsenten "Goldplating" von EU-Vorgaben, oder die weitere Digitalisierung und Vereinfachung von Verwaltungsprozessen. Hier kann man von anderen Ländern lernen; auch Experimentieren ist erlaubt!

Seit Jahrzehnten fordert das WIFO eine **effizienzorientierte Steuerreform**. Besonders wachstumsschädliche Steuern und Abgaben sollten reduziert, weniger schädliche aber erhöht werden. Gelingt dies, kann insgesamt die Abgabenbelastung sinken, ohne dass das Aufkommen zurückgeht, weil das Potenzialwachstum größer wird. Ich spreche mich für eine graduelle Absenkung der **Lohnnebenkosten**, etwa der Beiträge zum FLAF oder auch zur Arbeitslosenversicherung aus, mit entsprechender Gegenfinanzierung durch Effizienzgewinne und Steuererhöhungen, letztere etwa im Rahmen einer Reform der Besteuerung von Grund und Boden. Anreize für Teilzeit müssen abgebaut werden, z. B. durch Reduktion der Steuerprogression im mittleren Einkommensbereich, oder durch Beseitigung von Inaktivitätsfallen.

Es braucht eine behutsame **Pensionsreform**, die aber sofort aufgegleist werden sollte. Damit sollte das Potenzial an Erwerbspersonen perspektivisch erweitert und die Budgetkosten eingedämmt werden. Sobald die laufende Anpassung des Pensionsantrittsalter für Frauen erfolgt ist, sollte in einem weiteren 10-Jahresschritt das gesetzliche Antrittsalter für Männer wie Frauen bis 2044 auf mindestens 67 Jahre gehoben werden. Sehr viel schnellere Fortschritte muss es hingegen bei der Erhöhung des tatsächlichen Pensionsantrittsalters geben, wozu es einen ganzen Mix an Maßnahmen braucht, darunter auch eine **Rekalibration der Korridor pension**.

Und am Beginn einer neuen Legislaturperiode muss man auch das Bohren der ganz dicken Bretter fordern: Eine mutige **Schulreform und eine Gesundheitsreform** – in beiden Bereichen gibt Österreich viel Geld aus, aber die Resultate sind nicht gut genug.

Nun aber zu Stefan Schiman-Vukan, der Ihnen erklärt, warum wir trotz aller aktuellen Schwierigkeiten möglicherweise reicher sind als bisher gedacht und warum die aktuelle Rezession vielleicht doch nicht so außergewöhnlich ist.

Wien, am 4. Oktober 2024

Begleitende Präsentationsunterlagen, die das Presse-Statement von WIFO-Direktor Gabriel Felbermayr veranschaulichen, stehen Ihnen [hier](#) zum Download zur Verfügung.